

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 12 1/2 Sgr. pro Quartal,
pro Monat 4 1/2 Sgr.
Für Leipzig und Umgegend pro Quartal 13 Sgr.
Filial-Expeditionen für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorgt,
Box 101 Hoboken, N. J. via New York.
G. A. Pönniger,
155 W. Lake Chicago (Ill.)

Scheint wöchentlich 2 Mal in Leipzig.
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Buchbinder des In- und Auslandes an.
Für Leipzig nehmen Bestellungen an:
Die Expedition, Hobeistraße 4.
die Genossenschafts-Buchdruckerei, Zeigerstraße 44.
Bebel, Peterstraße 18.
Müller, Bayerstraße 18, III.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 87. Mittwoch, 30. Oktober. 1872.

Abonnements auf den „Volksstaat“

Den Monat November zu 4 1/2 Neugroschen werden bei allen schiffischen Postanstalten, für Leipzig bei der Expedition Hobeistraße 4, wie in der Genossenschaftsbuchdruckerei Zeigerstraße 44, dann Peterstraße 18 und bei Colporteur Müller, für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkswart, Reudnitz, Neuschönefeld u. bei D. Stelzer, Reudnitz, Kapellengasse 11, 2 Tr., für Plagwitz und Lindenau u. bei Reichert, Haus Nr. 9 in Plagwitz, für Sonnemühl u. bei Leubner, Bornaische Straße 19, für Kleinschöcher und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst entgegengenommen.
Außerhalb Sachsens kann nur auf November und Dezember zugleich bei den Postanstalten abonniert werden.
Die Expedition des „Volksstaat“.

Gegen die „Provinzialkorrespondenz“.

Im letzten Artikel haben wir die Rage aus dem Saad springen, und zwar nicht die soziale Frage, aber doch das Räthsel ge-
Die Auflösung des Räthfels der Griechischen Spinn-
der Mensch; die Auflösung des Räthfels der Preußi-
den Spinn ist: Stieber, der ja auch ein Mensch ist. Die
Preussische Auflösung hat vor der Griechischen den Vorzug, daß
weniger an Allgemeinheit leidet.
Aber „nicht bloß“ Stieber! belehrt uns der „Gewissen-
hafte“, nachdem er seinen Trumpf glücklich ausgespielt hat; und
die unangenehme Wirkung um etwas zu mildern, sich plög-
wieder in den Frad des „Kathedersozialisten“ stehend, mit
philanthropischer Miene hinzu: „sondern auch“ noch
sonderliches Andere. Und was? — „sondern es handelt sich
um eingehende Prüfung der Maasregeln, durch welche
den Regierung gelingen könnte, zur Ausglei-
wirthschaftlicher Gegensätze und zur Beseitigung
den Nothstände unter den arbeitenden Klassen be-
tragen.“ Unser „Gewissenhafter“ hat offenbar vergessen, daß er
die „Quellen der Lebel“ hatte „verstopfen“ wol-
was allerdings wesentlich mehr ist als ein bloßes „Beitrag-
zur „Ausgleichung wirthschaftlicher Gegensätze,“ u. s. w.
noch lassen wir das, und folgen wir ihm auf seinen weiteren
Winkeln. Zunächst erzählt er uns, wovon wir bisher keine
Kenntnis gehabt, „daß in Deutschland und namentlich in
Preußen die Arbeiterverhältnisse sich von Seiten der Behörden
immer fürsorglicher Aufmerksamkeit zu erfreuen hatten,
während wohlthätiger Einfluß vielleicht nur deshalb nicht
bekannt gemacht worden ist, weil sie sich mit Befonnenheit inner-
halb der Schranken hielt, die den Befugnissen und
Wirksamkeit des Staats auf wirthschaftlichem Gebiet
naturgemäß vorgezeichnet sind.“ Da wir bisher von diesem
„wohlthätigen Einfluß“ absolut nichts verspürt haben, und folglich
nicht in der Lage gewesen sind, ihn „gebührend zu schätzen“,
wollen wir unserem stumpfen Empfindungs- und Begriffsver-
mögen zu Hilfe kommen, indem wir uns von dem „Gewissen-
haften“ die Maasregeln, welche „wohlthätigen Einfluß“ geübt hat-
ten, einzeln vorführen lassen. Als „gewissenhafte“ Leute sind wir
verpflichtet, und dieser „Prüfung“ zu unterziehen, zumal wir so
„Befugnissen und der Wirksamkeit des Staats auf wirthschaftlichem
Gebiet naturgemäß vorgezeichnet sind“, — eine Phrase, die beiläufig
einen starken Manchester-Geruch hat, der uns später noch
begegnen in die Nase dringen wird.
Ehe der „Gewissenhafte“ die betreffenden Heilmassregeln auf-
zuzählen läßt, verkündet er: „Als leitender Grundsatz für
die Entwicklung der wirthschaftlichen Zustände, wie derselbe auch
der Preussischen und Deutschen Gesetzgebung zum vollen Aus-
druck gelangt ist, gilt unbestritten die Entfesselung der
Erwerbsthätigkeit, weil die letztere nur in freier Kraftentfal-
lung volle Frucht für den Einzelnen, wie für das Ganze der Ge-
sellschaft tragen kann.“ Sehr „dunkel ist der Rede Sinn.“
Entfesselung der Erwerbsthätigkeit“ kann alles Mögliche bedeuten,
die unbestimmte „freie Konkurrenz“ der kapitalistischen Pro-
duktion, ebenso gut, wie die sozialistische Forderung, daß der
Arbeiter, dessen „Erwerbsthätigkeit“ heute in den Fesseln des Ka-
pitals liegt, von diesen Fesseln befreit, also „entfesselt“ werde. Die
Aufgabe, daß dieser „leitende Grundsat“ in unserer Gesetzgebung
„zum vollen Ausdruck“ gelangt sei, schließt allerdings die
sozialistische Auffassung aus, und macht eigentlich den ganzen Er-
satz des „Gewissenhaften“ überflüssig, denn wenn der „leitende
Grundsatz“ bereits „zum vollen Ausdruck“ gelangt ist, sind wei-
tere Maasregeln selbstverständlich sinnlos, da man nicht über
den „vollen Ausdruck“ hinaus gehen kann, ohne den „leitenden
Grundsatz“ zu verletzen. Doch unser Licht von der „Provinz-
ialkorrespondenz“ nimmt es mit den Worten nicht so genau; wir
wollen daher nachsichtig gegen ihn sein, und auch seine weitere
Behauptung, „daß die Fürsorge des Staats sich nur in Maas-
regeln offenbaren darf, welche mit den Lebensbedingungen gewerb-
licher Freiheit vereinbar sind“, einstweilen keiner Kritik unterziehen,
sondern sofort zu den „Maasregeln“ selbst übergehen. Es sind

- 3) die Sicherung der Arbeiter gegen Gefahr für Leben und Gesundheit, durch das Haftpflichtgesetz;
- 4) die gesetzliche Verpflichtung der Baarzahlung des Lohnes;
- 5) die Einrichtung von Arbeiterklassen; (Knapp- schaftsklassen)
- 6) die „Förderung des Sparkassenwesens;“
- 7) die Förderung von Consumvereinen und von „Genossenschaften für die Erleichterung des Credit's, für die Vorsorge gegen Alter, Krankheit und Sterbefälle.“

8) — — Doch halt! Wir sind am Ende der Liste. Wir durchmustern sie noch einmal von oben bis unten und unten bis oben, ob wir nichts vergessen haben — aber „es fehlt kein theueres Haupt“: sämtliche Heilmassregeln befinden sich unter den obigen sieben Rubriken.
Es hiesse, die Geduld unserer Leser unverantwortlich auf die Probe stellen, wollten wir die fraglichen Maasregeln hier detaillirt durchsprechen: wir dürfen wohl annehmen, daß kein deutscher Arbeiter, der je über seine Klassenlage nachgedacht hat, über die Natur dieser Maasregeln im Unklaren ist. Genug: ein Blick auf unsere industriellen Verhältnisse, namentlich in unsere Fabrikdistrikte reicht hin, um zu zeigen, daß die bisherigen Maasregeln zum Schutz der Arbeit gegen das Kapital völlig unzulänglich, zum Theil ein todter Buchstabe sind. Die Arbeitszeit, und damit die Ausnutzung der Arbeitskraft durch das Kapital ist thatsächlich unbeschränkt. Die Frauen sind in den Dienst des Kapitals gepreßt, und der Familie entzogen. Die Kinder werden in einem Alter, wo Körper und Geist noch total unentwickelt sind, der Ausbeutung des Kapitals überliefert, und die sogenannten Schutzmaasregeln für Kinder des zartesten Alters werden der Regel nach nicht ge- handhabt. Das Verbot der Sonntagsarbeit besteht nur auf dem Papier, und überdies gibt es gesetzliche Dispens davon! Das Haftpflichtgesetz enthält notorisch bloß einen annähernd befriedigenden Paragraphen: den, welcher von „Un- glücksfällen“ durch fahrlässigen Eisenbahnbetrieb handelt, und welcher den „höheren Klassen“ weit mehr zu Gute kommt, als den „niederen“, den Arbeitern. Die Verpflichtung zur Baar- zahlung des Lohnes wird vielfach umgangen, und ist ebenso- bei der von der Provinzialkorrespondenz“ ausdrücklich zugegebenen Unzulänglichkeit des Lohnes „zahlreicher Arbeiter“ von untergeord- netem Werth. Die gewöhnlichen Arbeiterklassen und die Knappschafftsklassen sind durchweg so eingerichtet — und das Haftpflichtgesetz hat dieses Unwesen durch den berüchtigten („Loaster“-) Paragraph 4“) gestiftetlich befördert —, daß sie, statt den Arbeiter unabhängig zu machen, ihn im Gegentheil noch in größere Abhängigkeit von dem Kapital bringen; wer unsere Bergarbeiterbezirke kennt, weiß, daß die Furcht, der Einzahlungen und aller Rechte auf Unterstützung verlustig zu gehn, die unglücklichen Mitglieder der Knappschafftsklassen zu einer wahr- haft sklavischen Untertänigkeit unter alle Launen der Grubenbe- sitzer und deren Beamten zwingt; und daß die übrigen Arbeiter- klassen in dieser Hinsicht nicht besser sind, das haben uns erst vor wenig Tagen in Berlin die Leiter der Pflug'schen Maschinenfabrik eklatant durch die Ankündigung kund gethan, daß jeder streikende Arbeiter sein Auzrecht an die Fabrikkasse verliere, d. h. zu Gun- sten der Herren Fabrikbesitzer deponirt wird: in majorem Dei gloriam — zur größeren Ehre des Gottes Kapital, und zur drausischen Illustration des Satzes: das Eigen- thum ist der Diebstahl. Was die Sparkassen angeht, so mögen von ihnen die Reben, welche etwas zu erparen haben; die Con- sumvereine, an denen der Staat beiläufig sehr unschuldig ist, lassen besten Falls den Lohn ein klein wenig „weiter reichen“, und müßten, wären sie allgemein, ein entsprechendes Sinken des Lohns hervorufen; die Kreditkassen freiten wohl die lägliche Existenz des kleinen Handwerkerstandes, und gewähren ihm, ober- flächlich betrachtet, einige geringe Vortheile — wenn man nämlich die Verlängerung des Todeskampfes für einen Vortheil ansehen will —, aber für den Lohnarbeiter existiren sie nicht; und end- lich die Klassen für Altersvorsorge u. s. w. sind, wie das schon anlässlich der Knappschaffts- und sonstigen gewerblichen Hilfs- klassen erwähnt ward, Werkzeuge der Unterdrückung — ebenso- viel Stricke, welche das Kapital den Arbeitern um den Hals ge- legt hat, und unbarmherzig zuschnürt, sobald sie sich „mühen“. Fügen wir noch hinzu, daß das Preussische, jetzt leider „Deutsche“ Genossenschaftsgesetz offenkundig äußerst mangelhaft ist, und z. B. dem Sächsischen Genossenschaftsgesetz, das gewiß nicht schlechter, entschieden nachsteht, weßhalb man in Sachen, aus einer „arbeiter- freundlichen“ Caprice von der Zwangseinführung abzusehen für gut fand.

Und das sind die Maasregeln, die nach der Behauptung der „Provinzialkorrespondenz“ die „fürsorgliche Aufmerksamkeit“ der Deutschen, speziell der Preussischen Regierung für die „Arbeiter- verhältnisse“ beweisen sollen, und in denen der „leitende (und allein richtige) Grundsatz“ auf dem Gebiet der ökonomischen Ge- setzgebung „zum vollen Ausdruck“ gelangt ist! In der That, an Dreistigkeit fehlt es dem „Gewissenhaften“ nicht. Verebte „Zeu- gnisse“ sind diese Maasregeln freilich, und auch für die „Fürsorge“ unserer Regierungen, aber nicht für die „Fürsorge“, welche sie dem „wohl der arbeitenden Klassen“, sondern für die, welche sie den privilegierten Klassen zuwenden! Lebendige Beweise dafür,

daß der heutige Staat sich zwar seiner Verpflichtungen gegen die arbeitenden Klassen bewußt ist, daß er, präziser ausgedrückt, sich seiner Pflicht bewußt ist, die Quellen, aus denen die soziale Misere entspringt, zu „verstopfen“; daß aber die Regierungen der Erfüllung dieser Pflicht systematisch aus dem Wege gegangen sind, und das Wenige, was sie, durch die Umstände gedrängt oder aus berechnender Staatsklugheit, für die Arbeiter thun mußten, nicht mit dem ernststen Willen ge- than haben, den arbeitenden Klassen zu helfen, und vermittelst durchgreifender ökonomischer Reformen dem herrschenden Nothstand ein Ziel zu setzen, und Staat wie Gesellschaft vor den „Schrecknissen einer sozialen Revolution“ zu be- wahren.

Das Mißverhältnis einerseits zwischen Erkenntnis und Willen, andererseits zwischen der Größe des Ziels und der Kleinheit der Mittel ist die Hauptanklage, welche, jetzt nur von einer Minorität formulirt, einst von der Masse des Volks gegen die heutigen Re- gierungen erhoben werden wird. Und das konfusivste Belastungs- material mag das amtliche Organ der Preussischen Regierung und als Zeugnisse zu Gunsten der Schuldigen vorzuführen! Für- wahr, Fürst Bismarck hatte Recht, sich und seiner Politik das Brandmal der „politischen Heuchelei“ aufzubräuen.

Politische Uebersicht.

Nach der, leider nur kurzen Redaktionsperiode von Guido Weiß ist die „Frankfurter Zeitung“ wieder auf allerhand börsenblättliche Abwege gerathen, und befindet neuerdings eine eigenthümliche, nur aus gestörten Unterleibsfunktionen zu erklärende Gereiztheit gegen die Sozialdemokratie. So bringt z. B. die letzte Dienstagsummer in der Politischen Uebersicht des Ersten Blattes nach Aufzählung der Blätter, die sich „gleich uns“ — d. h. gleich der „Frankfurter Zeitung“ — günstig über den Eisenacher Professoren-Commerc ausgesprochen haben, folgende Bemerkung:

„Nur einzelne Organe der Fortschrittspartei („Rheinische Zeitung“) und des Vulgärliberalismus („Deutsche Allgemeine Zeitung“, „Hannover. Courier“, „Breslauer Zeitung“) hatten schmolend und aggressiv auf Seiten des Manchesterthums aus und bilden den rechten Flügel, wie im entgegengesetzten Extrem die sozial-demokratischen Blätter den linken Flügel bilden. Diese wollen den sozialen Frieden nicht, jene wollen die Pflichten nicht, welche zur Erhaltung des sozialen Friedens unabwei- sbar sind.“

Wir wissen nicht, ob der Schreiber des Obigen sich der Trag- weite seiner Worte vollkommen bewußt gewesen ist, fest steht aber, daß der Satz: „Diese (d. h. die Sozialdemokraten) wollen den sozialen Frieden nicht“, in neuer als Beschuldigungen und Verläumdungen enthält, welche die Bourgeois- und sonstige Reaktionspresse seit 1 1/2 Jahren gegen uns schlen- dert. — Das Zweite Blatt der nemlichen Nummer unter der Etiquette: London (allem Aufseine nach ist die betreffende Corre- spondenz von Hrn. Sonnemann, der jetzt auf Reisen ist und sich vor einigen Tagen in Paris bezweckessen ließ) enthielt nachstehende Liebenswürdigkeit:

„Die Eisenacher Verhandlungen haben noch nicht aufgehört, unsere (die Englische) Presse zu beschäftigen; das Arbeiterorgan, der „Bee- hive“, bringt die Verhandlungen über die Strikes, und verhält sich freilich anständiger (!) dazu, als seine Stiefbrüder in Deutschland.“

Die „Stiefbrüder in Deutschland“ — das brauchen wir nicht zu sagen — sind wir und unsere sozialdemokratischen Kollegen. Der „Beehive“, der uns gegenüber aufmarschiren muß, ist aller- dings ein „Arbeiterorgan“, aber genau von der Couleur des „Ge- werksvereins“, dessen Redakteur, Max Hirsch, vor Freude über die Eisenacher Berggeburt die komischsten Purzelbäume schlug.

„Was's Hocuba to us?“ Was geht uns dieser Professoren- kommer's an? Sollen wir Duncker, Gneist, Max Hirsch u. s. w. um den Hals fallen, weil sie so gnädig waren, zuzuge- stehen, daß die soziale Frage weder das höllische Kunstprodukt toller oder schuftiger Demagogen, noch das ebenso höllische Phant- asie-Produkt unglücklicher Prokstophantasmisten ist, sondern wirklich existirt, daß es aber sehr gut wäre, wenn wir Sozialdemokraten nicht existirten? — Und was na- türlicher, als daß die beiden „Extreme“ der Mittelpartei den Rücken drehen, die man in Eisenach zu gründen versucht hat? Der Rundschauer des Frankfurter Blattes nennt sich einen Re- publikaner. Nun? Warum wirft er sich nicht flugs den Consti- tutionellen in die Arme? Zwischen uns und den Theilneh- mern am Eisenacher Professoren-Commerc besteht genau derselbe Unterschied, wie zwischen Republikanern und Constitutionellen. Wie der Constitutionalismus die Prinzipien der Demokratie fälscht und entmannt, so der Kathedersozialismus die Prinzipien der So- zialdemokratie. Und wie der Constitutionalismus stets den Abso- lutionismus zur Rechten und den Republikanismus zur Linken zu unverföhllichen Feinden haben wird, so der Kathedersozialismus die Sozialdemokratie und das Manchesterthum. Das ist nun ein- mal die Logik der Geschichte. Und findet Hr. Sonnemann dies „unanständig“, gut, so wird die Geschichte darauf verzichten müssen, von Hrn. Sonnemann für anständig gehalten zu werden.

Die Bismarck'schen „Saubirten“ haben jetzt Weisung, auf den Prinzen von Wales zu schimpfen. Er sei lieblich, halte blutdürstige Dohsenjagden u. s. w. Wir können den Bemühungen der Herren Saubirten nur Beifall zollen. Es kann nichts schaden, wenn die Deutschen erfahren, daß Fürsten auch Lumpen sein kön- nen, und daß es eine Sünde und Schande ist, Blut zu vergießen — von Dohsen. Der Horn gegen den Prinz von Wales hängt

1) die Bestimmungen der Deutschen Gewerbeordnung zum Schutz der Lehrlinge und jugendlichen Ar-
2) die „Beschränkungen der Sonntagsarbeit“ der Gewerbeordnung;

*) Dieser Paragraph giebt den Fabrikanten direkt an die Hand, die Entschädigungen für die Folgen ihrer strafbaren Nachlässigkeit von den Arbeitern, d. h. den Opfern ihrer Nachlässigkeit, bezahlen zu lassen, und so den angeblichen Zweck des betreffenden Gesetzes in sein gerades Gegenteil zu verwandeln.

*) Nach der berühmten Stelle in Hamlet: What's Hocuba to him, and he to Hocuba? Was geht Hocuba ihn an, und was er Hocuba?

mit den Preussisch-Russischen Intriguen im Orient zusammen, denen England im Wege steht. —

Während die Brüsseler „Liberté“ sich bisher, wenn auch in ununterbrochener, so doch in loyaler Opposition gegen den früheren Londoner Generalrath und die Haager Kongressmajorität verhielt, ist die Brüsseler „Internationale“ mit Sach und Bad ins bakunistische Lager übergegangen. So druckt sie z. B. den von Lügen und Verläumdungen strotzenden Kongressbericht des bakunistischen „Bulletin Jurassien“ ohne alle und jede Bemerkung ab. Wir hatten bisher noch Anstand genommen, jenen Bericht des Näheren zu widerlegen, in Anbetracht, daß das „Bulletin“ in Deutschland fast gar nicht verbreitet ist, dessen Verläumdungen hier also keinen Schaden anrichten können, und in weiterem Betracht, daß Bakunisten ebenso schwer zu überzeugen sind, wie Schweigerianer. Nun aber, da die „Internationale“ sich zum Echo des „Bulletin“ hergiebt, halten wir uns im Interesse der belgischen Parteigenossen doch verpflichtet, (womöglich in nächster Nr.) uns mit der Sache zu befassen.

Das Verhältniß der Leipziger Polizei zur „Deutschen Allgemeinen Zeitung“.

In Nr. 78 hatten wir (wie wir nachträglich erfahren: zum nicht geringen Schrecken zweier höheren Polizeibeamten) nachgewiesen, daß die von „gutunterrichteter“ Seite kommenden, entstellenden „Berichtigungen“ in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ über die Polizeiprozesse unserer Redakteure Hepner und Muth aus der Feder eines alten inhaberischen Polizeibeamten geflossen sind. Wir zeigten dies an folgendem Umstande:

1) Die fragliche Entstellungs-„Berichtigung“ stand in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ von Sonnabend dem 20. September.

2) Da die (am einen Tag vordatierte) „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schon Nachmittags um 3 Uhr auf der Post, also mindestens um 12 Uhr Mittags druckfertig sein muß, so konnte das fragliche Manuscript nicht später als Freitag Vormittag in die Redaktion gelangt sein.

3) Freitag Vormittag um 10 Uhr ist dem Gefangenen Hepner in der fraglichen Entstellungs-„Berichtigung“ bereits ausgeplauderte Kreisdirektions-Entscheid aber erst publiziert worden.

Herr Biedermann hat also 4) das Manuscript um dieselbe Zeit erhalten, wie Hepner offiziell den Entscheid, Ergo 5) aus Polizeihand. —

So war unsere Beweisführung. Sie konnte bis heute — es sind nun 4 Wochen her — von keiner Seite auch nur irgendwie angefochten werden. —

Nachträglich erfahren wir nun, daß Herr Biedermann nicht bloß eben so zeitig wie Hepner den Kreisdirektionsentscheid erfahren hat, sondern sogar 24 Stunden früher. Die in der Sonnabendnummer abgedruckte Entstellungs-„Berichtigung“ war nämlich Herrn Biedermann schon Donnerstag Vormittag zugegangen, wie man sich aus folgender, in der Donnerstag Mittag druckfertigen Freitagnummer vom 20. enthaltenen Notiz — auf die wir von befreundeter Seite aufmerksam gemacht worden — überzeugen kann:

Leipzig, 19. September. Gegen die aus dem „Volkstaat“ gestern von uns abgedruckte Mittheilung wegen der über Herrn Muth verhängten Polizeibestrafung gibt uns eine Berichtigung zu, welche dieselbe als den Sachverhalt entstellend bezeichnet. Wir können diese etwas umfangreiche Berichtigung erst morgen geben.

„Morgen“, d. h. in der Freitag ausgegebenen Sonnabendnummer erschien eben die fragliche Entstellungs-„Berichtigung“, die hier bereits avisiert ist. Quod erat demonstrandum!

Noch Eines! Unser Freund, der uns auf diese (uns seiner Zeit entgangene) kostbare Notiz der Freitagnummer nun nachträglich aufmerksam gemacht hat, fügte seinem Schreiben folgende Bemerkung bei: „... Unter solchen Umständen dürften Sie, glaube ich, doch von Ihrem in Nr. 78 aufgestellten Prinzip — die Sache darum der Behörde nicht zu denunzieren, weil Sie damit die Redaktion der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ veranlassen müßten, den Verfasser namhaft zu machen — abgehen und beim Ministerium formellen Antrag auf Einleitung einer Untersuchung gegen das Polizeiamt wegen scheinbarer Verletzung des Amtsgeheimnisses vorgehen. Mag auch der vorliegende Gegenstand an sich nicht gar so viel zu bedeuten haben, — der scheinbar erwiesene Umstand, daß die Polizei ein Erkenntniß der Oberbehörde einem (gumal nicht offiziellen) Zeitungsblatt 24 Stunden eher mittheilt, als Demjenigen, der das Erkenntniß zunächst angeht, — das ist so skandalös, daß ich gar nicht einsehe, warum Sie darüber schweigen sollten. Sie wollen augenscheinlich die Sache deswegen nicht denunzieren, weil Sie glauben, daß der Beamte, der das fragliche Manuscript geschrieben, dies im Auftrage seines Vorgesetzten gethan hat und Jenen nicht unwerdenterweise kompromittiren wollen.“

Ich theile dieses Mitleid nicht. Ist der Unterbeamte wirklich unschuldig daran — indem er nur einen Befehl seines Oberen vollzogen hat — so mag er diesen eventuell denunzieren, wenn er sich zu rechtfertigen gewillt und in der Lage ist. Ist Letzteres nicht der Fall, hat also ein Unterbeamter auf eigene Faust gehandelt, nun so mag er auch für sein Thun verantwortlich sein. Sie haben es nicht nöthig, Rücksichtslosigkeit mit Coulanz zu vergelten.“

Soweit das Schreiben. Hier unsere Antwort: Eine formelle Denunziation ist — selbst die Bemerkungen des Briefschreibers als richtig zugegeben — unnöthig. Kreisdirektion und Ministerium lesen (offiziell) den „Volkstaat“ mindestens eben so genau, wie die eifrigsten Sozialdemokraten. Wollten die Behörden also auf Grund unseres Artikels in Nr. 78 die Untersuchung gegen das Polizeiamt einleiten, so konnten sie es auch ohne einen formellen Antrag von uns. Die Antragsstellung würde uns gerade so viel nützen, als die Unterlassung derselben Schaden kann.

Erklärung. In Nummer 122 veröffentlicht der „Neue Sozial-Demokrat“ ein angebliches Dokument, welches eine von mir gegen Marx, Engels und Liebknecht geführte Polemik enthält. — Ich erkläre hiermit:

1) daß dasselbe nicht, wie der „Neue Sozial-Demokrat“ seinen Lesern vorzuspiegeln sucht, einem Privatbriefe von mir entnommen ist, sondern eine Stelle aus einer von mir im März 1865 gehaltenen Rede, welche damals im „Sozial-Demokrat“ veröffentlicht wurde, bildet, also in eine Zeit vor mehr als sieben Jahren fällt, wo ich das Präsidium des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins führte und wo mich Schweigerische und Hayfeldtsche Intriguen umspinnen und mich mit Marx, Engels und Liebknecht verfeindeten und in Kampf gebracht hatten;

2) daß ich seitdem längst, nachdem ich den wahren Charakter Schweiger's erkannt hatte, die damals gegen Marx, Engels und Liebknecht gemachten Beschuldigungen privatim zurückgenommen habe und Solches hiermit formell noch öffentlich thue;

3) daß die ganze Wuth des „Neuen Sozial-Demokrat“ gegen mich daher rührt, weil ich mich von dem Schweiger'schen Lügenneze nicht nur losgemacht, sondern dasselbe habe zerreißen helfen. Also einzig darum hersten die intimen Freunde Schweiger's vor Marx und wissen nicht, wie sie ihren Grimm an mir auslassen sollen.

Braunschweig, den 23. Oktober 1872.
Bernhard Becker.

Gewerksgenossenschaftliches.

Internationale Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.

Grimmitschan. Gewerksgenossen! Wir beabsichtigen schon im Monat August, unsere zweite ordentliche Generalversammlung nach Hof einzuberufen, dies scheiterte aber wegen lokaler Verhältnisse. Abdann einigten wir uns mit den Genossen in Meerane, die Generalversammlung am 28., 29. und 30. September dort abzuhalten, was polizeilich untersagt wurde, und wir gezwungen waren, wiederum eine Verzögerung eintreten zu lassen. Nach wiederholten Anfragen ist es nun unsern Genossen in Hof gelungen, die örtlichen Schwierigkeiten zu beseitigen und die zweite ordentliche Generalversammlung wird am 9., 10. und 11. November d. J. daselbst stattfinden.

Was die Ausfertigung und Unterzeichnung der Mandate betrifft, so verweisen wir auf Nr. 57 des „Volkstaat“ vom 17. Juli d. J. Die Tagesordnung ist in Nr. 69 des „Volkstaat“ unterm 28. August enthalten und bringen wir selbige hierdurch nochmals unseren Genossen zur Kenntniß:

1. Rechenschaftsbericht der Verwaltung und des Aufsichtsrathes.
2. Revision und Abänderung der Stammstatuten (laut Vorlage vom 8. und 9. Juli d. J.).
3. Rechenschaftsbericht der Krankenkassensektion bez. Statutenrevision.
4. Statutenvorlage zur Organisation der Sterbekassensektion.
5. Unsere Stellung zum deutschen Weber- und Manufakturarbeiter-Bund und zur Gewerksunion etc.
6. Umfrage.

Wir erwarten, daß sich unsere Mitgliedschaften durch zahlreiche Delegirte vertreten lassen und wenn dieses nicht möglich, Mandate an das Lokalkomitee senden werden.

Mit Gruß und Handschlag
Für die Borortverwaltung: L. Mehlhorn.

Arbeiter! Wir möchten fast sagen, einem glücklichen Zufalle, einer wohlwollenden sächsischen Polizei haben wir es zu verdanken, daß der Kongreß der Internationalen Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter hier selbst am

9., 10. und 11. November d. J.

stattfinden wird. Wir rufen Euch Webern und Tuchmachern, Fabrik- und Handarbeitern, die Ihr den Kongreß besuchen werdet, ein herzlich willkommen zu. Tretet überall zusammen und wählt Delegirte, laßt allen Parteihader und Haß bei Seite, denkt nur der großen Sache der Verbesserung unserer Verhältnisse; tretet ein in den Niesenkampf, denn klar und deutlich ist es uns bewußt, daß noch Hunderte und Tausende von uns zu Grunde gehen müssen, ehe die Sonne der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit am Firmamente erscheint. — Brüder! Laßt nicht die Hände feig in den Schooß, etwa weil Ihr heute noch Euer kümmerliches Auskommen habt. Ihr habt größere Aufgaben! Gedenkt Eurer Kinder, damit dieselben dereinst uns nicht noch im Grabe verurtheilen, weil wir nicht mitgeholfen, wo es noch Zeit war. Es gilt, die Organisation, in welcher allein unsere Kraft beruht, zu befestigen und zu stärken! Ihr alle, die Ihr in dumpfen Werkstätten, mit Baumwollensfasern geschwängerten Fabrikräumen nach frischer Luft schnappt; Ihr Weber, die Ihr mit Weib und Kind keine feste Arbeitszeit mehr kennt, sondern vom Stuhl auf die harte Lagerstätte fallt, um nach kurzer Ruhe wieder an den Karren zu gehen; Ihr alle, die Ihr in dumpfen Höhlen mit drei oder vier Familien zusammenhaust, überlaßt Euch nicht der düstern Verzweiflung. Die Welt schreit: „Selbsthilfe“ — gut! so wollen wir uns selbst helfen. Laßt uns eine Organisation, eine Vereinigung schaffen, die wie Eisen zusammengeschmiedet ist. — Darum vorwärts!
Hof, im Oktober 1872.

Das Komitee.

NB. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an den Schriftleiter Herrn C. Lienig in Hof. — Am 9. November werden die Delegirten von Mittag an am Bahnhofe von mit rothen Schleifen versehenen Komiteemitgliedern in Empfang genommen. Diejenigen, welche zu Fuß oder per Wagen antommen, haben sich im Kongreßlokale, Laubmannsgarten (Bayreutherstraße) anzumelden.

Allgemeiner Deutscher Schneider-Verein.

Berlin, 22. Okt. Nachdem heute die Kasse, Bücher und Belege dem neuen Borort Chemnitz übersendet sind, erfolgt nachstehend die Abrechnung der Hauptkasse; von jetzt ab sind alle Briefe an den Ausschuß z. Händen des Geschäftsführers Schöffel, Sonnenstraße No. 747 in Chemnitz, alle Geldsendungen an den Hauptkassirer F. Fischer, Augustsburgerstraße No. 546 ebenda selbst, und alle Beschwerden gegen den Ausschuß an die Kontrollkommission z. H. des Geschäftsführers C. F. Rüd in Regensburg per Adresse „Goldene Sonne“, beim Brüdthor, zu richten.

Abrechnung pro 3. Quartal 1872. 1. Einnahme: Vortrag vom 2. Quartal Thlr. 109 1 7, von Regensburg Thlr. 11 27 11, von Würzburg Thlr. 6 — —, von Nürnberg Thlr. 39 — —, von Bayreuth Thlr. 4 22 10, von Stade Thlr. 5 8 8, von Leipzig Thlr. 3 17 6, von Chemnitz Thlr. 3 18 4, von Frankfurt a. D. Thlr. 1 15 —, von Berlin Thlr. 3 10 —, Summa: Thlr. 188 1 10. 2. Ausgabe: Laut Beschluß der General-Versammlung an den „Volkstaat“ Thlr. 5, Remuneration des Geschäftsführers für das Verwaltungsjahr 1871—1872 Thlr. 15, Desgleichen für den Hauptkassirer Thlr. 5, Kosten für die Vertretung des Ausschusses auf dem Schneidertag resp. General-Versammlung zu Leipzig Thlr. 10, Zuschuß nach Leipzig Thlr. 8, Zuschuß nach Nürnberg Thlr. 2, Zuschuß nach Regensburg Thlr. 2, für Briefporto, Annonce, Schreibmaterialien, Emballage etc. etc. Thlr. 2 22 10, Summa: Thlr. 49 22 10.

Die Einnahme 188 Thlr. 1 Sgr. 10 Pf., die Ausgabe 49 Thlr. 22 Sgr. 10 Pf. mithin Bestand: 138 Thlr. 9 Sgr.

H. Pädke, Hauptkassirer. A. Reimann, Geschäftsführer. Obgleich Bremen, Braunschweig und Fürth noch keine Abrechnung und Gelder eingeschickt, Passau wegen lokaler Ausgaben und entstandener Kosten für Vertretung auf dem Schneidertag um Suspension von Einfindung der Abrechnung und Gelder für dies Quartal nachgeschickt, auch den Mitgliedschaften sowohl als der Hauptkasse durch die Strikes im Frühjahr wie auch durch den Schneidertag bedeutende Kosten erwachsen sind, ist dennoch ein den

Verhältnissen angemessener ziemlich Bestand in der Hauptkasse vorhanden.

Es ist somit der Beweis geliefert, daß bei allgemeiner Theilnahme an unserer Gewerksgenossenschaft wir nicht nur wie überher allen statutarischen Verpflichtungen nachkommen, sondern einen Referendofond gründen könnten, welcher in einigen Jahren alle Eventualitäten gewachsen sein würde. Darum, Kollegen, sorgt für weitere Verbreitung unseres Vereins, macht den Berufsgenossen klar, daß bloß lokale Vereinigungen der Kapitalmacht gegenüber ohnmächtig sind, und daß nur in der Vereinigung der Masse unsere Kraft liegt. Der lokale Verein in Jena, sowie der Stralauer Verein in Frankfurt a. D. haben dies eingesehen und sind in unsern Verein beigetreten; mit einigen andern Städten stehen wir wegen Beitritt in Korrespondenz. Sobald der in Leipzig auf dem Schneidertag beschlossene Verband aller Schneidervereinigungen im Felde getreten, wird voraussichtlich (natürlich durch Urabstimmung bedingt) unser Verein demselben sofort beitreten, ohne daß den Mitgliedern höhere Steuern dadurch aufgebürdet werden, da die Hauptkasse solche die betreffende Quote zahlt. Es wäre endlich an der Zeit, daß die Leipziger Mitglieder der mit Entwurf eines Statuts beauftragten Kommission den betreffenden Entwurf veröffentlichten, zumal die Berliner Mitglieder zu. Kommission schon seit mehr als 4 Wochen ihre Abänderungs- resp. Ergänzungs-Vorschläge einbrachten haben.

Einer Mittheilung der Kollegen in Halle a. S. (welche sich jetzt leider keiner gewerblichen Vereinigung angeschlossen haben) zufolge sind die dortigen dem Meisterbund angehörenden Arbeiter durch Einführung von Arbeitsarten vorgegangen, infolge dessen die Gehilfen sämtlich die Arbeit eingestellt haben. Zugug ist unbedingt fern zu halten, und Briefe u. s. w. an Hüttenrauch, Klei-Ullrichstraße No. 4 zu senden.

Zum Schluß noch zur Nachricht, daß in Frankfurt a. D. Bevollmächtigter Blandow, Forststraße 3, als Kassirer Kohl, Tuchmacherstraße 84; in Berlin als Bevollmächtigter A. Reimann, Jakobstraße 6, zum Kassirer Diesel, Louisenstraße 22 gewählt wurden.

— Hiermit sind die amtlichen Funktionen des bisherigen Ausschusses erledigt. Im Auftrage des Ausschusses des Allgemeinen deutschen Schneider-Vereins: A. Reimann, Geschäftsführer.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Berlin, 25. Oktober. Der Strike der Berliner Böttchergesellen, welcher bekanntlich am 1. Oktober ausbrach, dauerte theilweise noch fort; es haben während dieser Zeit fast sämtliche hiesige Bierbrauereien den von den Gesellen aufgestellten Lohn bewilligt, wofür Beispiel auch schon mehrere Meister gegeben sind; so daß die Zahl der schon Arbeitenden sich auf über 200 beläuft; ungefähr 50 ledige Arbeiter haben Berlin verlassen, die noch Strikenden sind etwa 150 Mann und zwar solche, die meistens in Spiritusfabriken gearbeitet haben, da diesen der Lohn noch nicht bewilligt ist, hat seinen Grund darin: daß derartige Fässer genug in Vorrath waren. Da selbige aber der Vorrath bald verbraucht ist, so sind den Gesellen abgedrungen von Seiten der betreffenden Meister und Fabrikherrn Anträge gemacht worden, worauf aber die Gesellen noch nicht eingegangen können. Wir bitten daher die auswärtigen Kollegen der Gewerksgenossen, noch immer so viel als möglich den Zuzug nach Berlin fern zu halten, und in jeder anderen Weise für das Gelingen unseres Strikes thätig zu sein. Für die vereinigten Böttchergesellen.
Julius Schulze, Brunnenstraße 39.

Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.

Leipzig, 22. Oktober. Es ist wohl hinlänglich bekannt, daß die von den Berliner Kollegen einberufene Kongreß in einigen Wochen stattfinden soll. Es fragt sich nun, ob wir, wie uns die Berliner Kollegen vorschreiben wollen, mir nichts dir nichts Delegirte nach Berlin schicken, oder der Kongreß für uns von Nutzen oder Schaden ist. Ich meine, wie überlegen es uns lieber dreimal bevor wir einmal wählen. Ist es denn überhaupt nöthig, einen Kongreß zu veranstalten? Nach dem Aufsatze bezweckt der Kongreß: 1) die Einigung aller Schuhmacher Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz; sodann soll erledigt werden: 2) eine Tagesordnung von 9 Punkten, deren letzter Punkt die Gründung eines deutschen Schuhmachergesellenvereins ist. Nun der Verein ist da, und die Tagesordnung erledigt sich vollkommen im Statut der Schuhmachergewerkschaft. Die Einigung also wäre sofort hergestellt, wenn die Berliner Kollegen sammt den übrigen Städten Deutschlands es nöthig hielten, sich der internationalen Genossenschaft der Schuhmacher anzuschließen. Es wäre dann Alles erledigt und brauchten meines Erachtens keinen Kongreß. Da aber die Berliner Kollegen durchaus einen Kongreß in Berlin abzuhalten getrieben haben, und ich glaube, daß es den Berliner Kollegen wenigstens darum zu thun ist, die materielle Lage der Schuhmacher zu verbessern als die Oberleitung einer Fraktion in die Hände zu spielen, schon bei Gründung unserer Genossenschaft alle Hebel in Bewegung setzte, um uns für dieselbe zu gewinnen. Und da dies dann misslang, wird jetzt ganz schlan ein Kongreß einberufen, um das Schlepptau des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins zu übernehmen. Trotzdem die Berliner Kollegen hoch und theuer versichern wollten einen Kongreß abhalten mit Ausschluß sämtlicher politischen Parteien, so lassen die Aussätze im „Volkstaat“ u. s. w. nur zu deutlich durchblicken, was die Berliner wollen. Mit einer an Diktatur grenzenden Rücksichtslosigkeit wird einmal denjenigen Städten Rechnung getragen, die zwar an Kongreß, diesen aber nicht in Berlin abgehalten wissen wollen.

Nachdem wir Jahre lang an unserer Genossenschaft gearbeitet haben und sich dieselbe infolge der gewissenhaften und energiegelassen Verwaltung augenblicklich der weitesten Ausbreitung erfreut, so werden zwei Vereine mit gleichen Interessen können ohne gegenseitige Schädigung nicht bestehen.

Kollegen! Ich bin der Meinung: wir verwenden das Geld, wir einem Delegirten geben müßten, zum Agitiren für unsere Genossenschaft. Ich glaube, es bringt uns das mehr Nutzen, wenn wir einen Delegirten nach Berlin schicken, denn ich bin festem Ueberzeugung, daß uns der Berliner Kongreß keinen breiten über zur Einigung führt.

Motiv Hörsing.
Weimar, 26. Oktober. Zum Schneidertag sind nachdem seit Wochen schon die Debatten über Abhaltung des Kongresses der Schuhmacher, namentlich in Bezug auf die Wahl des Ortes spielen, glauben die hiesigen Schuhmachergesellen erklären müssen (da Weimar als Ort des Kongresses in Vorschlag gebracht worden), daß Alles aufgegeben werden wird, um den Delegirten zum Kongreß, nach allen Richtungen hin entgegen zu kommen, und daß die nöthige Unterkunft für alle Delegirten beschafft werden wird.
J. A.: Scholz, Martin, Heide...

Allgemeiner deutscher Sattlerverein.

Berlin. In einer kürzlich abgehaltenen und gut besuchten Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Sattlervereins gab Herr Würz als Vereinsvorsitzender einen sehr eingehenden Bericht über den Stand des Vereinsvermögens, welcher sich als ein verhältnismäßig günstiger herausstellte. Herr Auer konstatierte, daß der Verein sich als vollständig lebensfähig erwiesen und bereits in sehr vielen Städten Deutschlands Mitgliedschaften begründet habe. Es wurde gute Aussicht vorhanden, daß der Verein in kürzester Zeit die Raffineriegesellschaft ganz Deutschlands vereinigen werde. Der als Delegierter zum Tischlerkongress anwesende Herr Stelzer aus Leipzig schilderte die schlechte Lage der Sattler und forderte sie zum Weghalten an der geschaffenen Organisation auf.

Warnung für Buchbinder.

Aus London kommt uns von verschiedenen Seiten die Nachricht, daß der Buchbinder Zabudorf, ein erbitterter Feind der Tradesunions, seine der Buchbindergenossenschaft angehörigen Arbeiter zum Streik getrieben hat und nun deutsche Arbeiter in falschen Vorpiegelungen nach London zu locken sucht. Abgesehen von dem materiellen Schaden, den Jeder, der auf die Fabrikanten Besprechungen sich von dem Streik-Propaganda engagieren würde, erleiden würde, bedarf es wol nur eines leisen Appells an die Solidarität der Arbeiterinteressen, um alle deutschen Buchbinder darauf zu gemahnen, daß es eine Sünde und Schande wäre, wenn sie ihre Londoner Kollegen den Streik verlieren sollten.

Correspondenzen.

Leipzig. Am 24. September fand hier eine zweite allgemeine Buchbinderversammlung statt, in welcher das Resultat der Lohnange besprochen wurde. Die von der ersten Versammlung gebildete Kommission erstattete Bericht über ihr Vorgehen. Dasselbe hatte sich mittels eines Schreibens an den Buchbindervereinsverband gewandt, da zu demselben alle größeren Buchbinder gehören, um mit diesen über die bekannten Forderungen zu unterhandeln. Von dieser Seite wurde aber jeder Vermittlungsversuch abgelehnt, indem der betreffende Verband beschloß, keine Rücksicht zu bewilligen. Diese Herren sind eben zu stolz zum Unterhandeln, und wollen ihren Arbeitern beweisen, daß es keine Harmonie gibt zwischen Arbeit und Kapital. Die Arbeiter müssen sich erst fest vereinigen, ehe sie an eine Verbesserung ihrer materiellen Lage denken können.

Die Versammlung beschloß, von einem weiteren Vorgehen in diesem Jahr abzusehen, da es noch an genügender Organisation mangelte, aber dahin zu wirken, daß die Beteiligung am Buchbinderverein eine allgemeine werde. Eine große Anzahl trat in der Versammlung dem Verein bei; aber trotzdem ist die Beteiligung am Verein im Verhältnis zu Denjenigen, welche demselben noch fern stehen, gering. An den Leipziger Buchbindern, welche eigentlich den Buchbindern aller anderen Städte voranziehen, wird es selbst nicht, wenn sie späterhin wieder von Seite anderer Arbeitgeber so schön behandelt werden können.

Berlin. Ich lese in Nr. 123 des „Neuen Sozialdemokraten“ eine Glauchauer Correspondenz, in der ein gewisser „Heinrich Schäfer, Bevollmächtigter“ schreibt, in der am 13. Februar 1869 abgehaltenen Volksversammlung, zu welcher die Herren Vebel und Liebknecht zur Bekämpfung des damaligen Schweizerischen Agitators Schuhmann erschienen wären, hätte Liebknecht gesagt: „Die Staatshilfe, wie sie Lassalle gefordert, bringt den Arbeitern Blei anstatt Brod in den Leib.“ Das ist eben so albern als boshafte Unwahrheit. Ich war in jener Versammlung zugegen und erinnere mich ganz genau, daß Liebknecht, während Staatshilfe redend, sagte: „Bom heutigen Preussischen Staat haben die Arbeiter nichts zu erwarten; die einzige ernstliche Staatshilfe, zu der er sich verstehen wird, ist die, welche weiland den hungernden Schlesiern während der Theil wurde, ist: Blei anstatt Brod in den Magen!“ In einem Lassalle feindlichen Sinn sprach Liebknecht sich durchaus nicht aus, obgleich er von vornherein erklärte, daß kein „Lassalleaner“ sei, sondern, gleich Lassalle, ein Sozialdemokrat; er sei nicht durch Lassalle zum Sozialdemokraten gemacht worden; und Lassalle selbst habe nie den albernsten Auspruch erhoben, daß der Sozialismus, oder auch nur Urheber eines neuen sozialistischen Systems zu sein.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich die Glauchauer Freunde, welche den „Neuen Sozialdemokraten“ wol nicht lesen, vor dem obengenannten „Heinrich Schäfer, Bevollmächtigten“ warnen. Wenn anders die Redaktion des „Neuen Sozialdemokraten“ seine Briefe nicht geprügelt hat, was ihr freilich zuzutrauen, so ist das ein recht falscher Patriot; denn er erklärt unsre Einigungsvorschläge für „unredlich“ und „jesuitisch“, obgleich aus seinem Bericht, trotz aller Entstellungen und Verdrehungen doch deutlich hervorgeht, daß unsre Leute ihn und die paar übrigen Glauchauer Mitglieder des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ in der freundschaftlichsten, entgegenkommendsten, kurz in acht brüderlicher Weise behandelten. Damit kontrastire Herr „Heinrich Schäfer, Bevollmächtigter“ die Abweidung unserer engeren Parteigenossen in Berlin und an anderen Orten, wo sie den Mitgliedern des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ gegenüber in der Minorität sind, und er wird, wenn ein Hintzen von Ehrlichkeit in ihm ist, zugeben müssen, daß nicht wir es sind, die durch „unredliche“, „jesuitische“ Mittel den deutschen Arbeiter zu zersplittern suchen.

Ein Parteigenosse.

Obernhan. 21. Oktbr. Die erste von der Sozialdemokratie einberufene Volksversammlung, welche am Sonntag stattfand, war ziemlich zahlreich besucht und wäre sicher noch zahlreicher besucht gewesen, wenn die Versammlung im Orte selbst hätte abgehalten werden können; für dieses Mal war das Lokal etwas entfernt. Es war im Voraus schon bekannt, daß die Gegner Skandal machen wollten und erschienen dieselben auch zahlreich. Nachdem Mucke aus Marienberg zum Vorsitzenden gewählt war, ertheilte derselbe dem Mitterler aus Oeyer nach einer kurzen Ansprache das Wort. Kaum hatte dieser aber etwa 8 Minuten gesprochen, ging auch das Treten, Hassen und Ständeln los. Der Vorsitzende, sowohl als der Redner verwiesen den bürgerlichen Böbel zur Ruhe, indem sie erwiderten, wer nicht hören wolle brauche ja nicht dazubleiben. Doch war die hiernach eintretende Ruhe nur von kurzer Dauer, das Wort begann alsbald von Neuem. Der Ortsrichter unterstülzte den Vorsitzenden nicht, sondern wollte die Versammlung schließen. Da die Arbeiter sich ihre Versammlung nicht ohne Weiteres lösen lassen wollten, so gerieth man ziemlich heftig aneinander. Endlich gelang es dem Herrn Dr. Just die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken und es wurde ruhig. Dr. Just erklärte: er stelle sich weder auf diese noch auf jene Seite, doch bedauere er sehr, daß die Ver-

sammlung auf solche Weise gestört worden sei; es sei unverkennbar, daß die Gegner in etwas gereizter Stimmung gekommen wären. Er sagte wörtlich: „Angenommen, die Arbeiter sind auf falschem Wege, so kann man sie durch eine begründete Gegenerrede widerlegen, nicht aber auf solche Weise.“ Das schlug die Gegner und machte sie beschämt; der Ortsrichter wurde nun gefügiger und erlaubte uns bis 6 Uhr tagen zu können; da es aber bis dahin nur noch 10 Minuten gab, die Gemüther aber ziemlich aufgeregter waren, konnten wir nur noch auffordern, sich in die Liste einzuschreiben und zeichneten sich sofort 25 neue Mitglieder, da sich schon vorher eine ziemliche Anzahl hatte einschreiben lassen. In 14 Tagen soll eine zweite Versammlung stattfinden, in welcher der Vortrag fortgesetzt werden soll. Wurde die Versammlung auch gestört, geschadet hat dies uns nicht; im Gegentheil konnten sich die Arbeiter überzeugen, daß man es nicht gern hat, wenn Licht verbreitet wird. (Chemn. „Freie Presse“.)

Langenbielau. (Bericht.) Unsere Bewegung geht hier ihren regelmäßigen Gang. Nachdem wir schon mehrere Auszüge in die Umgegend gemacht, ohne dadurch besonders viel für den Augenblick erreicht zu haben, weil uns zu Versammlungen die Lokale feststehen, und zum Versammeln im Freien das Wetter in letzter Zeit zu unbeständig ward, hatten wir Sonntag, den 6. Oktober ein allgemeines Arbeiterfest. Vormittags fand Versammlung statt, in welcher Herr Geiser aus Breslau Bericht über den Kongress in Mainz erstattete.

Wäre der Wirth unsers Festlokals nicht ein charakterfester Mann gewesen, so hätten wir dasselbe noch im letzten Augenblicke verloren, denn man kann, ohne zu übertreiben, sagen, daß unsre Gegner Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um uns dasselbe zu entreißen. Von den vielen angewandten Mitteln bloß eines: Die Herren des Geldsacks haben zu dem Wirth, wahrscheinlich unter der Voraussetzung, daß das bei ihnen, wenn so Viele zusammen kämen, nicht anders gehen könnte, gesagt, „er würde am andern Tage nicht einen ganzen Stuhl noch Tisch haben, und ein ganzes Glas erst recht nicht.“ Ihr Herren, die Ihr die Bildung und den Verstand mit Köffeln gegessen zu haben glaubt, die „rohen“ Arbeiter haben Euch doch einmal wieder recht gründlich Lügen gestraft.

Von 3 Uhr Nachmittags an bewegte sich trotz des in Strömen herabstießenden Regens der Festzug von Neubielau aus unter Vorantritt eines Musikkors nach dem Festlokal, eine rothe, eine schwarz-rotgoldene und eine schwarze Fahne befand sich in demselben, die letztere war von einem Parteigenossen zum Andenken an die Niederlage der Pariser Kommune geschenkt. Der Zug wuchs nach und nach bis auf circa 1000 Mann an. Ihre Bourgeois konnten es sich nicht auf sagen, 1000 den Fenstern ihrer Burgen aus den Zug vorbeiziehen zu sehen. Das Fest war in jeder Beziehung ein gelungenes zu nennen. Den Mädchen und Frauen, welche zur Aufschmückung des Saales beigetragen, hiermit besten Dank.

Ich habe noch über einen Ertrag zu berichten, welcher sich am 14. d. Mts. in der hier befindlichen Zundersiederei zugetragen und welcher so recht Zeugniß ablegt von der kolossalen Rohheit der Zuchtmeister unsrer Arbeiter. Ein Arbeiter, welcher, obgleich durchgängig die Löhne in der Siederei etwas erhöht worden waren, trotzdem nicht mehr erhielt, verlangte seinen Lohn, weil er nicht weiter arbeiten wolle, wenn er nicht wenigstens einen Silbergroschen täglich mehr erhalte; der Siedemeister Welfert bestellte denselben aufs Comptoir, in dem sich noch drei andere Fabrikbeamte befanden. Nachdem der Arbeiter eingetreten, schloß der Siedemeister die Thür und die Fensterläden und fiel über den Arbeiter her, denselben mit Schlägen traktierend. Der Arbeiter, zu schwach, sich zu wehren, ruft in seiner Angst um Hilfe, die Arbeiter einer daneben sich befindenden Spinnerei eilen auf dieses Geschrei herbei und sind eben im Begriff, die Fensterläden zu sprengen, als auch schon eine Anzahl Arbeiter aus der Siederei die Thür einstoßen und den schmerbedrungenen Arbeiter befreien. Zu bedauern ist nur, daß die Arbeiter dabei stehen blieben und nicht sofort dem Herrn Siedemeister, der in Sibirien allerdings besser an seinem Plage wäre, die ausgeheilten Schläge oder richtiger den menschlichen Anfall zurückgäben.

Wären doch die Arbeiter sich ein für alle Mal merken, daß die Prügelstrafe gesetzlich selbst für Gefangene nicht mehr existirt, und daß sie im Fall des Angriffs berechtigt sind, die Nothwehr auszuüben.

Sie aber, Herr Siedemeister Welfert, mögen sich merken, daß die „verfluchten Demokraten“, wie Sie uns zu nennen belieben, durchaus nicht gewillt sind, sich von Ihnen wie Hunde behandeln zu lassen. Und wenn wir Ihnen sagen, daß es hier jetzt schon massenes Hundert solcher „Verfluchten“ gibt, so meinen wir, daß Ihnen das in Ihrem eigenen Interesse nicht ganz gleichgültig sein dürfte.

Einige 20 Arbeiter, lauter „Verfluchte“, haben gestern und heute Aufgehört zu arbeiten.

Mit Gruß
August Kühn.

Reichenbach in Sachsen, 8. September. (Verpätet.) Wer als Fremder heute durch einige Straßen von Reichenbach ging, die zu meist von Arbeitern bewohnt werden, der müßte fragen: Was ist hier los? Denn die Wirthschaften und sonstigen Blumenverzierungen konnten nicht von der Sedanfeier herrühren; dazu war Alles noch zu frisch und grün. Auf seine Frage würde er die Antwort erhalten haben: dies Alles ist zu Ehren des heutigen Arbeiterfestes. Nachdem sich die hiesigen und auswärtigen Festtheilnehmer, unter letztern besonders Wblau stark vertreten, in Neu's Restauration gesammelt, bewegte sich der aus ungefähr 2000 Theilnehmern bestehende Zug von da aus durch mehrere Straßen der Stadt über den Markt der Turnhalle zu, wo Herr Kuasnowsky aus Crimmitschau die Festrrede hielt, worauf dann Konzert, abwechselnd mit launigen Vorträgen, und Abend Ball folgte. Einen allgemeinen guten, auf die Ordnung sehr ansehnlichen Eindruck machte der schöne, durch die größte Ordnung sehr ansehnliche Festzug. Um so größer war am andern Tage die Verwunderung unsrer Bourgeois, die da meinten, es könne bei einer solchen Menschenmenge ohne zerbrochene Glieder nicht abgehen, und dies wol hauptsächlich mit Rücksicht auf die letzte Friedenseier. Wir wollen diesen Bericht nicht schließen ohne einiger Nebenstände zu gedenken.

Karl Neu hatte außer einigen deutschen Flaggen auch eine rothe auf einer Stange aufgezogen; da wurde ihm vom Gerichtsammt bedeutet, dieselbe zu entfernen; dies geschah, und in Anwesenheit des Polizeidiener's wurde die Stange niedergelassen; da lag die Flagge; damit war aber der Diener der Polizei noch nicht zufrieden, es mußte die Flagge, um ja nicht wieder aufstehen zu können, von der Stange losgelöst werden. Wenn man aber über solche Dinge nachdenkt, so möchte man sich fragen: hat denn so ein rothes Stück Zeug gar so viel Gewalt, daß es die Behörden um der öffentlichen Sicherheit willen entfernen lassen müssen, oder steht das große deutsche Reich, trotz des vielen Militärs, auf so schwachen Füßen, daß man genöthigt ist, so ein rothes Stück Zeug entfernen zu müssen? Ob Beides ist oder nicht — gilt uns gleich, aber soviel

möchten wir behaupten, daß durch solches Gebahren die Behörden an Ansehen nicht gewinnen. Weiter: dem Zug hatte sich eine Dame, Niemand wußte, wer oder woher sie war, mit einer rothen Schärpe angeschlossen; Niemand hatte sie behelligt und das große deutsche Reich ging nicht aus den Angeln; doch einige Tage später hielt es die Polizei doch für ihre Pflicht, sich nach Namen und Wohnort dieser gefährlichen Person zu erkundigen, den aber Niemand anzugeben wußte. Wenn nun diese Person aus dem nahen Reichsfürstenthum Greiz gewesen wäre, in welchem nach deutscher Sitte rothe Schärpen u. s. w. nicht verboten sind und sie wäre im deutschen Reichsbezirk Jwidau um dieser rothen Schärpe willen inkommodirt worden, würde sie Ursache gehabt haben, auszurufen: O heilige deutsche Reichsheit!

Königsberg. im Okt. Am Stiftungsfest des Königsberger Handwerkervereins hielt Johann Jacoby eine kurze Ansprache, in der er sagte: „In früheren Jahren, meine Freunde, — bei unsren Festen und Gedanktagen — fiel mir gewöhnlich das Loos zu, dem „deutschen Vaterlande“ ein Hoch auszubringen; ich that es stets freudigen Herzens — mit hoffnungsvollem Sinn. Heute — warum es nicht gesehen? — heute ist mir das Herz schwer, und — wenn ich auch die Hoffnung späterer besserer Zeiten nicht aufgeben mag —, auf die uns zunächst bevorstehende Zukunft sehe ich mit bangem, trübem Blick. Heute — ein Spiel des Zufalls will es, daß der Tag unseres diesmaligen Stiftungsfestes zugleich der Jahrestag der Schlacht von Jena ist — heute kann ich — statt eines freudigen Lebehochs — nur den Wunsch aussprechen: Möge der gute Geist unseres Volkes das theure deutsche Vaterland vor Schmach und Unheil bewahren! Das walte — nicht Gott, sondern — des Wille des Volks!“

Ludenswade. 22. Okt. Am Sonnabend d. 19. d., Abends, fand hier selbst eine große Volksversammlung statt, den Anstoß hierzu gab das kürzlich ins Leben getretene Aktienunternehmen. Kaum daß die Gesellschaft den Betrieb der 4 Fabriken übernommen, so wurde auch schon der niedrigste Lohntarif eingeführt. Infolge dessen berief der Vertrauensmann unserer Partei, W. Ehrhardt, die von ca. 6—700 Mann besuchte Versammlung ein. Als erster Referent besprach ich die kapitalistische Produktionsweise, wie zunächst die Entstehung des Kapitals nach, ging dann auf die Entwicklung der modernen Produktionsweise und ihr innerstes Wesen, das eherne ökonomische Lohngesetz, ein, beleuchtete es speziell und hob besonders die für die Arbeiterklasse so schwer ins Gewicht fallenden Nachteile des Lohnsystems scharf hervor. Zum Schluß wies ich auf den einzigen Weg hin, wie zum größtmöglichen Vortheil für die Gesamtheit die heutige Produktionsweise abzuschaffen resp. umzuformen sei. Herr Verussein aus Berlin kam in seinem Referat auf die Gewerbe- und Handelsfreiheit zu sprechen. Obgleich diese Art Freiheit dem Arbeiter gegenwärtig keinen tatsächlichen Nutzen brachte — so führte der Redner aus — so sei es doch durchaus notwendig, daß der der Gesellschaft innewohnenden Produktivkraft der größte Spielraum zur Entfaltung gelassen werde. Die Früchte des gesellschaftlichen Fleißes, die jetzt den privilegierten Klassen zufallen, sie würden späterhin ganz sicher Allen zu Gute kommen. Aber die Arbeiter dürften nicht unterlassen, sich zu organisiren; ein derartiger Kulturfortschritt vollziehe sich nicht von selbst. Der Redner erntete großen Beifall. — Es traten Viele der Partei bei.

W. Fischer.

Spandau. Das soziale Rezept der Selbsthilfe des großen Meisters Schulze-Deslogch veranlaßte 10 Töpfergesellen in Belten, ihr Heil auf diesem so sehr gepriesenen Wege zu versuchen. Sie bildeten eine Töpfergenossenschaft und erbauten eine Fabrik. Die treuen Anhänger und Prediger des Sparsystems, ganz empört über dieses Vorgehen, versuchten bereits zum zweiten Mal im „Spandauer Anzeiger für das Havelland“, in einer höchst ungeschickten Weise das Unternehmen zu bekritteln und lächerlich zu machen: „Wer soll befehlen? wer gehorchen?“ — heißt es da. Das soll natürlich heißen: diese dummen Teufel von Arbeiter wollen sich nicht mehr mit ihrem eigenen saner erarbeiteten Gelde ausbeuten lassen. Gelingt dies Vorgehen aber, dann sei wiederum der Beweis geliefert, daß die Selbsthilfe voll und ganz zur Lösung der sozialen Frage genügt. Sodann brachten sie einen anscheinend dem Hirn kürzlich gemacht die Genossenschaft Einfäufe von Blei und Zinn in Berlin, welches zur Herstellung der Glasur erforderlich ist. Da reisten alle zehn nach Berlin, um zu sehen, wer am vortheilhaftesten kaufen würde, es fehlte also das Vertrauen, weil keiner weiß, wer Recht, noch wer Kellner ist. Herr Dr. Hirsch! Die Lehre des großen Meisters ist in Gefahr, senden Sie schnell Ihren treuen Agitator und Mitarbeiter Waldow.

W. F.

Stuttgart. Bei der am 10. Oktober stattgehabten Volksversammlung ist der Kandidat der Nationalliberalen, Dr. Oskar Wächter, Sohn des berühmten Leipziger Rechtslehrers, mit geringer Majorität durchgekommen. Ueber die Person des Erstern finden wir in der Stuttgarter „Vürger-Zeitung“ vom 16. April 1868 in einem Leitartikel „Abbitte an die Siebzehner-Kommission der preussischen Partei“ folgendes:

„Herrn Oskar Wächter hatte ich vorzugsweise doch nur als Verehrer der Kirche und der Stockprügel gekannt, mich dunkel erinnernd, daß in dem Jahre 48 auch ein Oskar Wächter es war, welcher sich in scharlachrothen Reden erging.“

Und als Anmerkung zu diesem Sage steht folgendes:

„Herr Oskar Wächter ist derselbe, welcher am 23. März 1848 bei Dallingen in der Hirschstraße eine bluttriefende Rede gegen die Fürsten im Allgemeinen und gegen den König von Preußen insbesondere hielt, und am 24. März mit an der Spitze einer großen, tausende zählenden Volksmenge durch die Straßen Stuttgarts marschirte, die, unter dem Rufe: „Nieder mit dem Könige von Preußen!“ eine Puppe, diesen König vorstellend, erstens erhängte, zweitens in dem Feuersee erkaufte, drittens wieder aus dem Wasser herauszog und verurtheilt, nicht ohne viele Mühe und Anstrengung, verurtheilt. Bekanntlich ist Herr Oskar Wächter jetzt der bestallte Anwalt „Seiner Majestät des Königs von Preußen“, behufs der Unterdrückung der württembergischen Pressfreiheit!“

Solche Lichter hat der schwäbische Nationalliberalismus aufzuweisen!

Landsbut. Am 18. September hatten wir hier Volksversammlung. Mit Vorurtheilen, selbst in Arbeiterkreisen, haben wir noch viel zu kämpfen. J. B.: „Der K. soll, statt Selbstverständlich soll Jeder für seine Kinder sorgen, — aber diese eine Menschenpflicht schließt doch alle andern nicht aus?“

Göppingen. Sonst und jetzt! Unsere schweizerischen Bestimmungsgenossen werden sich ihres ehrenwerthen Centralpräsidenten Borst wohl noch erinnern. Derselbe hat jüngst der Königin Olga, als sie unsere Stadt besuchte, in Wichs seine Kräfte gegeben.

Wien. In der „Wiener Tagespresse“ vom 26. Oktober verpflichten sich 166 Meister der Gold-, Silber- und Juwelengewerkschaft durch Namenszeichnung solidarisch für die Beibehaltung der

zeständigen Arbeitszeit. Wie bekannt, verlangen die Arbeiter eine Reduktion auf neun Stunden und bestanden sich über diesen Streikfall jetzt im Streik. Bei der guten Organisation der Gold- und Silberarbeiter ist eine für die Arbeiter siegreiche Beendigung des Streiks mit Bestimmtheit voranzusehen.

Zürich, 14. Okt. Der Schmied- und Wagnerstreik ist nun beendet, und zwar zu Gunsten der Arbeiter. Es wurde folgendes Uebereinkommen getroffen: 1) Die Arbeitszeit ist vom 8. Oktober an eine elfstündige; Beginn derselben um 6 Uhr Morgens; 2) jedem Arbeiter bleibt es freigestellt, das Logis und die Kost auswärts oder bei dem Meister zu nehmen.

Dies sind die Errungenschaften eines achtwöchentlichen Streiks. Es sind dieselben keineswegs unbedeutend, wenn wir in Betracht ziehen, daß die Schmiede und Wagner täglich 13 bis 14 Stunden arbeiten mußten, aber trotzdem sind wir, so wie die Streikenden selbst, mit dem Ausgang nicht zufrieden gewesen, indem die 10-Stundenzeit nicht erreicht wurde. Der Fehler lag hier nicht bei den Streikenden, auch nicht bei den Arbeitern im Allgemeinen. Alle thaten staunenswerth ihre Schuldigkeit; hier hat die höchste Demoralisation mehrerer Arbeiter (welche als Knechte geboren, als solche erzogen und auch glauben, als solche wieder verderben zu müssen), eingewirkt. Schon bei Beginn des Streiks berichteten wir, daß circa 7 solcher Knechte sich dem Streik nicht angeschlossen haben; dieß hätte natürlich, wenn es bei dieser Zahl geblieben wäre, keinen Eindruck gemacht, aber diese 7 Lastthiere haben Alles aufgeboten, um noch fremde Arbeiter heranzuziehen; es ist ihnen dies auch sehr gut gelungen und wir mußten zusehen, wie allerlei Landstroläher in den Werkstätten zu arbeiten anfingen. Es stellte sich wohl bald heraus, daß diejenigen, welche einen solchen Strohlopf besitzen, und nicht einmal ihr eigenes Interesse kennen, auch zu keiner Arbeit fähig waren; was sie konnten, war nur, die Leute in der Nachbarschaft um 5 Uhr aus dem Schlafe zu wecken. Aber in der Noth frist der „Teufel“ Fliegen, dachten die Meister. Die „Freitagzeitung“, welche ihren Schnabel überall dabei hat, schreibt: „Wir vernehmen, daß es den Meistern gelungen sei, statt der deutschen, tüchtigen schweizerischen Arbeiter zu finden, und so wird am Ende dieser Streiks das Gute haben, statt der eingedrungenen deutschen Arbeitskräfte wieder die Arme und Kräfte der Landesfinder mehr zu Ehren zu ziehen und damit zu bilden und zu stärken.“ Wie sich ein solcher Freitagzeitungsartikel blamiert hat, beweist am besten, daß die Schmiedemeister ihren Beschluß: „Daß Derjenige, welcher einen Streiker aufnimmt, 200 Frk. Buße zahlen muß“ — umgestossen haben, und: „O! Freitagsschn... schred dich nicht! ihre alten „eingedrungenen“, unter welchen natürlich auch viele Schweizer sind, und noch dazu Streiker, wieder in Arbeit nahmen, und die gefundenen Landesgeisteskrüppel (welche auch verschiedenen Nationen angehörten) wieder dorthin schickten, von wo sie gekommen. Das ist das gewöhnliche Schicksal solcher Subjekte, vielleicht merken sie es sich und werden ein andermal bleiben, wo sie sind.

Einstweilen sind wir nun mit diesem Erfolg trotz alledem zufrieden, und wir wollen hoffen, daß die verkürzte Arbeitszeit dazu benutzt wird, um die verläumte so notwendige Ausbildung jetzt nachzuholen.

London. In einer am 20. Oktober abgehaltenen und von ca. 4000 Mann besuchten Versammlung der hiesigen Konstabler wurde der Beschluß gefaßt, auf den auf eine Lohnhöherungsforderung erfolgten ablehnenden Bescheid mit einer von dem Gesamtcorps unterzeichneten Denkschrift zu antworten. Bleibt dieser Schritt ohne Erfolg, dann kommt es wahrscheinlich zum Streik. — Die Buchbinder der Firma Bahndorf und Bridges streiken wegen einer Reduktion des bisherigen Lohnsages. Die Besizer wollen sich aus Paris, aus Wien und Berlin die erforderlichen Arbeiter kommen lassen. — In Liverpool haben 3000 Dodarbeiter die Arbeit eingestellt. — In Glasgow befinden sich die Tabakpfeifen-Arbeiter im Streik. Unter dem Vorwande, daß in Deutschland billiger produziert würde, beabsichtigen die Meister, den alten Lohnsatz herabzudrücken, und sollen deutsche Arbeiter auch hier gegen die englischen Brüder ins Feld geführt werden.

London. Der „Volkstaat“ hat schon des Destern des Herrn Lande Erwähnung gethan, des Socius von Joseph Schneider, Besizer und Genossen, der Theilhaber am sogenannten „Universitätsverbandbrath der Internationale“. Wer dieser Herr Lande ist, möge nachstehender, von diesem 1870 zur Zeit des Prozesses der Pariser Internationale an den Polizeikommissar Dorville gerichtete Brief zeigen; derselbe lautet in deutscher Uebersetzung:

„Herr Dorville! Das theilnehmende Interesse, welches Sie so gütig waren, meiner Stiefmutter, der Madame Gouvier zu beweisen, drängt mich, mich an Sie zu wenden, um Sie zu bitten, mein Fürsprecher zu sein bei dem Herrn Polizeipräsidenten. Ich glaube, es wird ihnen keine Mühe machen, wenn Sie ihm sagen, daß ich, wenn ich mich mit verschiedenen sozialen oder ökonomischen Fragen beschäftigt habe, es immer gethan habe, ohne die Regierung des Landes, in dem ich seit 30 Jahren wohne, anzugreifen. Wenn ich mich mit diesen Fragen beschäftigt habe, glaubte ich es ohne Gefahr zu thun, mich als einen Franzosen betrachtend, der ich es auch von Herzen bin: Ich habe nie und werde auch nie haben ein anderes Vaterland, als Frankreich, wo ich erzogen worden bin, wo ich mich ausgebildet habe, wo ich alle meine Neigungen habe. Ich hoffe, Sie werden dem Herrn Polizeipräsidenten begreiflich machen, wie viel ich darauf halte.

„Ich verpflichte mich also auf Ehre, mein Herr — und ich bitte Sie, gefälligst mirge meines Wortes sein zu wollen, das eines Ehrenmannes Wort ist — mich fortan mit nichts mehr, was außerhalb meiner Profession und meinen Geschäften liegt, abzugeben. Ich wage zu hoffen, daß man in den Berichten, welche dem Herrn Polizeipräsidenten gemacht worden sind, diesem hat sagen müssen, daß ich ein aufrichtiger Mensch bin, auf dessen Wort man sich verlassen kann, besonders wenn Sie es verbürgen. Ich habe das Vertrauen, daß der Herr Polizeipräsident auf Ihre Vorstellung einen Beschluß nicht wird ausführen lassen, welcher, indem er die Stellung, die ich mir geschaffen habe, untergräbt, mich aus einem Lande verweist, welches ich als das meinige zu betrachten gewohnt bin. In der Gewissheit, die ich habe, mein Herr, daß Ihnen das Gelingen wird, empfangen Sie im Voraus meinen aufrichtigen Dank nebst meinen herzlichsten Grüßen.

Philadelphia, 19. September. Es wird ihnen vielleicht nicht unangenehm sein, von Philadelphia Etwas zu erhalten, speziell über die Arbeiter des Möbelhandels.

Der Hauptgrund dieses Schreibens liegt daran, daß die Arbeiter sehen, daß nicht nur in der alten Welt, wo Alles, was Arbeiterbewegung heißt, von der Polizei beobachtet wird, das Kapital die Arbeiter auf jede erdenkliche Weise schädigt, sondern die neue Welt, wo die gepriesene (Bourgeois-) „Freiheit“ herrscht, in der Arbeiterfrage die alte Welt weit überträgt.

Die Arbeiterbewegung in Leipzig ähnelt*) der unsrigen sehr, die mit einem 14tägigen unglücklichen Ausstände, im vergangenen Juni, endigte. Wir strebten das gleiche Ziel an wie New-York, 8 Stunden Arbeit unter den gleichen Lohnverhältnissen.

Unsere Bewegung begann voriges Jahr im Oktober, angehend vom Tischler-Krankenerstützungsbund, als wir durch die Lohnverhältnisse und durch die Theuerung gedrängt waren, Etwas für uns zu thun. Man müßte die Unwahrheit sprechen, wollte man sagen, daß der hiesige Arbeitslohn viel besser wäre als sonst irgendwo; der Lebensunterhalt, die Kleidungsstücke u. s. w. kosten enormes Geld und jeder Arbeiter muß all sein Werkzeug selber stellen; er erhält vom Arbeitsgeber Nichts als den leeren Raum, in dem er zu arbeiten hat. Ferner sind wir keine Woche sicher, daß wir nicht von dem Arbeitsgeber mit Lohnabzug bedacht werden; da hört man die allerwärts bekannte Peier. Um diesem Unfuge zu steuern, und womöglich die alten Preise wieder zu erhalten, wurde in einer Massenversammlung beschlossen, von den Arbeitgebern 10—15% Lohnhöhung zu fordern; die Antwort war: „Was der Eine thut, thue ich auch“. Keiner that's und so blieb's beim Alten.

Hier existirt wie fast nirgends, eine Klauheit und Lahrheit unter den Arbeitern, daß sie unsere und ihre gerechte Sache mit „Dumbuz“ beehren. „Beder sehe, fuffsch“, ist die gewöhnliche Rede des unwissenden Arbeiters, der zu faul ist, um zu denken. Geld wollen sie schon haben, aber Nichts dafür thun, deswegen fanden sich auch zu den Versammlungen ziemlich Viele ein, hoffend, mit einigen Versammlungsbesuchern den Lohn in die Höhe zu bringen, womit es natürlich aber nicht geschehen kann, denn stärkere Anstrengung muß hierzu gebraucht werden, als bloß einige Besuche.

Die Bewegung wurde aber trotzdem anfrucht erhalten, bloß durch die Energie Einzelner. Eine Tischlerzeitung wurde gegründet, ein Exekutivkomitee ernannt, (die Zeitung ging mit der vierten Nummer zu Grabe) welches letztere dann alle Hebel in Bewegung setzen sollte, um ein günstiges Resultat zu erzielen. Dem Exekutivkomitee wurden dann vom Tischler-Unterstützungsbunde New-Yorker Briefe ausgeliefert, die schon längst hätten beantwortet sein sollen, worin angefordert wurde, für die 8-Stundenarbeit zu wirken. Jenes glaubte aber nicht, daß die 8-Stundenbewegung in New-York schon so weit gediehen sei, daß sie jeden Tag plagen könne und hatte mit alter deutscher Gemüthlichkeit, die Zeit verloren, anstatt zu wirken für das, was New-York anstrebte. Eine Stadt kann für sich allein Nichts thun, denn durch den heutigen internationalen Verkehr kann das Kapital sich vortrefflich ausbilden.

Eines Tages, Ausgangs Mai, erhielten wir durch hiesige Zeitungen die Nachricht, daß in New-York die Holzarbeiter für das 8-Stunden-system ausstehen und fügten sie, die Zeitungen, hinzu: „die Arbeiter sind in früheren Jahren jedesmal unterlegen, diesmal aber scheinen sie ihre Sache durchzusetzen, sie sind gut organisiert und mit Mitteln wohl versehen“. Und wirklich, es hatte den Anschein; der Ausstand der Fenstermacher dauerte gerade 1 Stunde, bei andern 2—3 Tage und nach 10 Tagen arbeiteten 5000 Tischler 8 Stunden des Tages; für die übrigen waren die besten Ansichten vorhanden.

Nun setzte man sich in Philadelphia auch in Bewegung, um die New-Yorker Brüder nicht schwächen zu lassen, Alarm wurde geschlagen, Redner von New-York kamen (hier haben wir keinen unter den Tischlern), Massenversammlungen wurden einberufen und der Ausstand beschlossen. Den andern Tag in der Früh wurden mittelst Komitee's alle größeren Werkstätten vollständig von den Feiglingen befreit (New-Yorker Art), so daß die mächtigen Werkstätten, in denen 12—100 und mehr Mann arbeiteten, vollständig leer standen.

Zur Ehre sei's einigen Arbeitgebern nachgesagt: theilweise konnten Einzelne nicht von der Werkstatt abgehalten werden und wurden von den Arbeitgebern fortgeschickt, ein Beispiel für Feiglinge und Schmaroger, die wir hier in Menge haben.

In der ersten Woche ging Alles so ziemlich gut, aber die zweite zeigte, daß ohne Organisation und Mittel (der Kranken- und Sterbenerstützungsbund durfte als solcher, laut Statuten, für solche Zwecke nichts thun) es keinen Stand hält, und viele lehrten zur Arbeit zurück, die Treuesten hielten 14 Tage aus.

Hingegen New-York, das Hunderte von Dollars allein an Briefporto opferte, 1800—2000 Dll. per Woche an die Ausständigen bezahlte, mußte das Gewonnene wieder verlieren, nach heldenmüthigem Kampfe, ob der Saumseligkeit anderer Städte.

Gleich beim Beginn der Bewegung sahen schon Einige ein, daß ein Krankenverein für soziales Gebiet gleich Null ist, und wurde somit ein Tischler-Sozialbund gegründet, der aber die Leitung der Bewegung nicht übernehmen konnte, weil er viele Gegner hatte und nicht einmal hundert Mitglieder zählte, der Krankenverein aber 410 Mitglieder besaß, von etwa 1200—1400 deutschen Tischlern.

Dies ist eine Uebersicht der Sachlage vor dem Ausstande und lasse ich nun kurz die Begebenheit nach dem Ausstande folgen:

Seit dem unglücklichen Ausstand ist ein solcher Schreck in die hiesigen Tischler gefahren, daß sie, statt fester zusammen zu halten als je, auseinander gekommen sind und gegenseitig sich nun anfeinden, Einige, welche bei der Leitung des Ausstandes mit halfen, haben Mühe, Arbeit zu erhalten. Unter solchen Umständen Versammlungen zu berufen, war vergebliche Mühe, denn nach mehrmaliger schriftlicher Einladung erschienen 12 Tischler von 1200—1400. Wie wenig der Arbeiter überhaupt hier für seine Existenz thut, zeigen die Hindernisse, mit denen die Internationale zu kämpfen hat. Die Anhänger derselben nun besprachen sich, was zu thun sei, um eine erfolgreiche Organisation zu Stande zu bringen; daß man Etwas thun müsse, sah jeder der Wenigen ein. Um aber die Leute durch einen materiellen Nutzen dennoch herbeiziehen zu können, kam man auf Kooperativ-Assoziationen, Sparsbanken, Vorschuß- und Gewerbesassen u. s. f., welche von einem der Anwesenden als Schulze-Deilich'sche Palliativmittel für verwerflich bezeichnet wurden, worauf ein Anderer solche Institute als Paffalle'sche bezeichnete, und ihr segensreiches Wirken aus Nürnberg zitierte. Die Beamten wurden beauftragt, ein Referat über Sparsysteme anzuarbeiten und vorzulegen.

Wie lange es in Philadelphia noch währt, bis es in den Köpfen der Arbeiter tagt, ist jetzt nicht zu sagen; wahrscheinlich wollen sie warten, bis ihnen das Messer am Halse sitzt, wie in Deutschland, und die Lösung der Arbeiterfrage eine viel schwieriger wird. Besitzt Philadelphia ja jetzt schon 40 Millionäre, gegen welche schwer anzukämpfen ist; siehe den Kanonenkönig Krupp. Pant Berichten aus New-York stehen dort die Arbeiterfraktionen bedeutend besser, sowohl im Klaren über die Arbeiterfrage, als auch in der festeren Organisation; thut Philadelphia, die zweit-

*) Das ist unrichtig. Unser Korrespondent hatte am 19. September noch nicht die Nachricht von dem günstigen Resultat des Leipziger Glaserstreiks.

größte Stadt der Union ihre Schuldigkeit nicht, so giebt es wohl wie das letzte Mal — nur unglückliche Ausstände. Später, es sich besser gestaltet, mehr!

Briefkasten der Redaktion: G. Fr. A. in D.: später brieflich wort. W. Sch. in Göttingen, G. K. in Berlin, W. Fr. in Span. S. Richter hier, J. in Hamburg: nächste Nummer;

Zur Notiz. Eine uns von einem Parteigenossen zugegangene Correspondenz, welche, anlässlich der Nichtannahme der Hamburger Resolutionsanträge, seitens des Congresses, sich in Ermählungen gegen ergibt, haben wir verläufig beanstandet und dem Aufsatz überantwortet.

Redaktion des „Volkstaat“:
Über Expedition: Remoisse in Mainz für Abonn. 3. Qu. 11 24 Ngr. Sie haben daher 12 Ngr. gut. — Fall in Köln: Die 4 24 Ngr. 3 Pf. gut, die ich Ihnen als Zahlung auf 4. Qu. quittir Metallarbeit. — Gem. Leipzig für Annonce 26 Ngr. — 18 Ngr. v. den Bürgerfreunden des Grubes an die Internationale. — Kürzlicher verein hier für Annoncen 2 Ngr. 22 Ngr. — Kluge in Raibitz Abonn. 4. Qu. 25 Ngr. — Wilschacker in Stade für Annonce 8 Ngr. für Schriften 2 Ngr. — Steudte in Chemnitz für Annonce 6 Ngr. Jäger in Saalfeld für Schriften 1 Ngr. — Freig in Erfurt für Ann. 16 Ngr., für Schriften 1 Ngr. 15 Ngr. — Bongard in Wollsch. Abonn. 4. Qu. 1 Ngr. — Dr. Jacoby in Königsberg für Abonn. 3 Ngr. — Kessel in Münchenbernsdorf: die Annonce in Nr. 6 kostet 10 Ngr. — Lebendeker in Mainz: Ihre Annonce in Nr. 86 kostet 26 Ngr. halten 11 Ngr.

Anzeigen etc.

(Eingefandt.) Zur Discussion. Welche Wirkungen es haben, so eines Tages eine in Frankreich neu zusammengetretene National-Versammlung beschloß: Weder Zinsen noch Kapital derjenigen Staatsschulden zu bezahlen, die nicht für gemeinnützige öffentliche Zwecke kontrahirt und verwendet worden, sich das stützend, daß jene Staatsschulden nicht von einer durch das allgemeine Wahlrecht hervorgegangenen Nationalversammlung konfirmirt worden, sondern entweder nur vom Landesfürst oder diesem einem Theil des Volkes, welches die Herrschaft über den Staat ausübt, folglich das ganze Volk als solches keine Verpflichtung zur Bezahlung habe, sondern es den Inhabern der Staatsschuld-Scheine überlassen müsse, wie und auf welche Weise gegen wen sie sich damit fortzukommen getraue, auf dem Neuen weg geltend zu machen. Ferner, daß Alles von den frühw. Nachhabern verpfändete Staatseigentum dem Volke als unmäßiger Besizer nicht vorenthalten werden kann, sondern so Verfügungsberechtigt ist. Ferner, daß der Staat Gewinntheil eines jeden Aktien-Unternehmens mit ist ohne Kapitaleinlage nach der Höhe des arbeitenden Aktienkapitals oder des Gewinns nach seiner Wahl, sowie daß der Staat bei allen Aktiengesellschaften ein entscheidendes Wort über die Befolgung der Arbeitskräfte namentlich über die höheren Chargen der Beamten. Welche Lösung würde es ferner haben, so obige Beschlüsse der Gesetzgebenden Versammlung Frankreichs auf einen großen Theil der europäischen Nationen ausgedehnt würden?

Für die Zukunft würde dann der Zweck der Anleihen Machthaber eines jeden einzelnen Staates von den Darleibern prüft werden und die Staaten auf sich selbst und ihre Staatsgehörden mit Schuldenmachen angewiesen sein. Zu Kriegszwecken würden Kapitale nicht so wie bisher zur Verfügung stehen die Folge davon würde sein, daß die Ausgaben für Kriegszwecke eingeschränkt, und dadurch Chancen geboten, Kriege zu verhindern.

Durch einen solchen Beschluß der Gesetzgebenden Versammlung würde so Mancher, welcher jetzt früh Morgens sagen kann: „Morgen Feierabend, ich habe heute ohne Arbeit bis Abend 6 Hundert oder Tausend Thaler oder mehr verdient“ in die Zukunft kommen, wie viele Andre etwas weniger luxuriös leben zu müssen. Der Schreiber dieses glaubt annehmen zu müssen, daß der Theil der Personen, die von den aufgeschauften Schätzen und Couponabschneiden leben, meist diejenigen sind, welche der gesellschaftlichen Entwicklung der Menschen am allerwenigsten das Leben, oder sie gar anstreben; deshalb würde ein solcher Beschluß der National-Versammlung diese als wohlverdiente Strafe und für die Zukunft bei Geldgeschäften auch das moralische Verbot der Verwendung mit in Anschlag gebracht werden.

Wie viel haben die europäischen Staaten Schulden? Um Betrag der Schulden würden die Steuern und Lasten sinken, Verluste den Reichen treffen und der Arbeiter würde um so den Vermögenden näher rücken und demzufolge an Einfluß gewinnen.

Mugsburg. Literarischer Verein. Sonntag, den 3. November Nachmittags 3 Monatsversammlung im Gasthause zur Schwane am obern Graben Der Aussch.

Breslau. Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Montag, den 4. November Abends 8 Uhr geschloß Mitgliederversammlung im hintersten Lokale des „Wahren Kupferschmiedestraße 11, Eingang vom Hofe aus. Tagesordnung: 1) Sozialpolitische Rundschau. 2) Innere Parteiverhältnisse; theilungen, Anträge etc. Um recht zahlreiche Beteiligung bitte H. Debs

Görlingen. Nächsten Sonntag Zusammenkunft bei O Löwenwirth.

Großschöcher. Volksversammlung. Donnerstag, den 31. Oktober, Abends 7 im Gräbner'schen Salon. Tagesordnung: Die soziale Frage und die Arbeiterbewegung, verschiedenen Fraktionen des Reichstages. Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein Das Komitee

Leipzig. Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Freitag, den 1. November, Abends 8 Uhr Sitzung Zeidler, Große Windmühlenstraße, im Saal. Tagesordnung: Sozial-politischer Wochenbericht; Ref. Ulrich, nächsten Reichstagswahlen. Der Vorstand

Spandau. Öffentliche Versammlung der Internationalen Metallarbeiter-Gesellschaft. Sonntag, den 3. November d. J. im Odeum (heiner Saal), mittags 10 Uhr. Tagesordnung: 1. Der Schuß der Mitglieder in der Gewerkschafts-Krankenkasse. 2. Das eberne ökonomische Lohngesetz; Ref. Havenith, Metallarbeiter aus Berlin. Alle Fabrikarbeiter sind eingeladen. Aufnahme von Mitgliedern. V. Febrmann, Vertrauensmann

Berichtigung. Meine Adresse ist nicht Hainichen, sondern 6 n. Brühl 144.4. Emilie Steud

Im Verlag der Buchhandlung und Expedition des „Volkstages“ neu erschienen: Volkstagskalendar für 1873, 4 Bogen Octav. Preis pr. Stück Stempelpf. 3 Ngr., mit Stempelpf. 4 Ngr. 3 Pf.

Unsere Ziele von Pöbel. 3. verb. Aufl. Preis pr. Stück 2 1/2 Ngr. Zum Andenken Ludwig Feuerbachs, Grabrede von Scholl. Preis 2 Ngr.

Leipzig: Verantw. Redakteur A. Ruth. (Redaktion und Exped.) Hebebr. 4). Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdr.